

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

17. WP - 20. Sitzung

am Donnerstag, dem 28. Oktober 2010, 15:45 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christopher Vogt (FDP)

Astrid Damerow (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Mark-Oliver Potzahr (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Bernd Heinemann (SPD)

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Anita Klahn (FDP)

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antje Jansen (DIE LINKE)

Flemming Meyer (SSW)

Vorsitzender

i.V. von Heike Franzen

Weitere Abgeordnete

Johannes Callsen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Keine Entscheidung über eine materielle Privatisierung des Universitätsklinikums Lübeck vor dem 1. April 2015	4
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE Drucksache 17/706 (neu) - 2. Fassung -	
2. Entschädigung für Opfer von Heimerziehung	6
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/914	
3. Erhalt der freiberuflichen wohnortnahen Geburtshilfe	7
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/654	
4. Umschulungen in Pflegeberufen finanziell sichern	8
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW Drucksache 17/915	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/940	
5. Kostenlose Kontrazeptiva (empfangnisverhütende Mittel) für Personen mit Leistungsbezug gemäß SGB II, SGB XII, dem Asylbewerberleistungsgesetz und mit vergleichbar geringem Einkommen	10
Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/912	
6. Beschlüsse des 22. Altenparlaments am 24. September 2010	12
Schreiben des Landtagspräsidenten vom 7. Oktober 2010 Umdruck 17/1309	
7. Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 15:45 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt der Ausschuss den Gesetzentwurf der Volksinitiative „Kinderrechte stärken - Armut bekämpfen“ zur **Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/370, von der Tagesordnung ab. Die insoweit geänderte Tagesordnung wird gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Keine Entscheidung über eine materielle Privatisierung des
Universitätsklinikums Lübeck vor dem 1. April 2015**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE

Drucksache 17/706 (neu) - 2. Fassung -

(überwiesen am 10. September 2010 an den **Bildungsausschuss**, den Sozialausschuss und an den Finanzausschuss)

Abg. Baasch erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand des Markterkundungsverfahrens.

St Andreßen legt dar, um das Markterkundungsverfahren auf den Weg zu bringen, sei eine ressortübergreifende Projektgruppe gegründet worden. Ihr Ziel sei, ein modelloffenes Markterkundungsverfahren durchzuführen. Dazu sei es auch notwendig, sich externer Beratungen zu bedienen.

Vor Einleitung des Markterkundungsverfahrens werde dem Kabinett ein Bericht erstattet. Erst nach Beschlussfassung durch das Kabinett solle das Markterkundungsverfahren durchgeführt werden. Nach Kabinettsbefassung erfolge die Ausschreibung.

Abg. Dr. Bohn erkundigt sich nach Gutachten im Zusammenhang mit dem Markterkundungsverfahren. St Andreßen legt dar, derzeit seien keinerlei Gutachten in Auftrag gegeben worden. In dem Bewusstsein, dass, komme es zu einem derartigen Verfahren, bewirtschaftungsrechtliche, steuerrechtliche und europarechtliche Fragen zu bedenken seien, bedürfe das Ministerium einer entsprechenden fachlichen Begleitung. Die Einstellung des Titels in den Haushalt sei vorsorglich. Es gehe dabei um die Begleitung eines solchen Prozesses.

Beispielhaft führt sie an, dass bei der Privatisierung des Klinikums Marburg/Gießen eine Abteilung zuzüglich externer Begleitung beschäftigt gewesen sei. Entsprechende Erkundigungen seien bereits eingeholt worden. Außerdem habe die Landesregierung auch die Sachlage nach der Privatisierung des Klinikums Marburg/Gießen im Auge. Diesbezüglich verweist sie auch auf die Stellungnahme des Wissenschaftsrates zum Klinikum Marburg/Gießen.

Ergänzende Fragen des Abg. Baasch beantwortet St Andreßen dahin, dass das Markterkundungsverfahren modelloffen durchgeführt werden solle. Für die jetzt anstehende externe Begleitung solle externe Expertise in einem beschränkten Verfahren gewonnen werden. Für die Markterkundung werde eine europaweite Ausschreibung für eine Fachbegleitung erfolgen.

Vorgesehen sei, dem Kabinett die Ergebnisse der Arbeitsgruppen im Frühjahr 2011 vorzulegen. Sofern das Kabinett das Ministerium dann beauftragen sollte, eine Markterkundung vorzunehmen, werde die Beratung nach den entsprechenden haushaltsrechtlichen Regeln ausgeschrieben.

Auf eine Frage der Abg. Jansen legt St Andreßen dar, zunächst solle modelloffen nach privatem Kapital gesucht werden. Privates Kapital sei nicht nur für Umbau-, sondern auch für Neubaumaßnahmen erforderlich. Welche konkreten Wege im Einzelnen als Angebot im Raum stünden, werde nach Beendigung des Markterkundungsverfahrens bekannt sein. Es sei nicht beabsichtigt, vor 2015 eine materielle Privatisierung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein durchzuführen. Insofern bestehe eine entsprechende Zusage.

Abg. Baasch erkundigt sich nach Gesprächen mit der Gewerkschaft ver.di. St Andreßen berichtet, dass ein Gespräch stattgefunden habe. Darüber sei Stillschweigen vereinbart worden. Man sei mit der Zusage auseinandergegangen, dass die Gewerkschaft zeitnah über die nächsten Schritte unterrichtet werde.

Abg. Kalinka meint, sichtbar geworden sei, dass hier Bewegungen vorhanden sei.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Bildungsausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Antrag abzulehnen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entschädigung für Opfer von Heimerziehung

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/914

(überwiesen am 8. Oktober 2010)

Abg. Klahn regt an, die Ergebnisse des Runden Tisches aus Berlin abzuwarten.

Abg. Baasch gibt zu bedenken, dass im Rahmen des Runden Tisches darüber diskutiert werde, ob Entschädigungen Teil des Maßnahmenpaketes sein sollten. Seine Fraktion halte entsprechenden Zahlungen für richtig und notwendig. Wolle man dieses Anliegen unterstützen und Einfluss auf den Runden Tisch in Berlin nehmen, wäre es sinnvoll, wenn der Landtag einen vorher entsprechenden Entschluss fasste.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, den Punkt zurückzustellen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Erhalt der freiberuflichen wohnortnahen Geburtshilfe

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/654

(überwiesen am 7. Juli 2010)

M Dr. Garg trägt die aus Umdruck 17/1393 ersichtlichen Daten vor. Abg. Heinemann erwartet von der Landesregierung weiterhin Bemühungen, auf Bundesebene eine Lösung zu finden und nachhaltig dafür zu sorgen, dass wohnortnahe Geburtshilfen weiterhin möglich seien und Hebammen ihren Beruf nachgehen könnten. M Dr. Garg gibt zu bedenken, dass keine Regierung eine Bestandsgarantie abgeben könne.

Abg. Klahn weist darauf hin, dass an der sinkenden Zahl von Einsätzen von Hebammen auch die sinkende Geburtenrate ursächlich sei.

Abg. Dr. Bohn fragt, ob die Landesregierung Möglichkeiten sehe, zu Nachbesserungen zu kommen oder auf Bundesebene Mittel zu akquirieren. M Dr. Garg betont, die Länder hätten sich dieses Themas auf der GMK angenommen. Sie hätten einstimmig gegenüber dem Bund die Erwartung formuliert, nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Der Bund wolle die Auswirkungen des gerade formulierten Kompromisses abwarten. Er, M Dr. Garg, sei sich des zeitlichen Druckes bewusst. Er erklärt seine Bereitschaft, sich erneut an den Bund zu wenden und die Forderung der GMK nachdrücklich zu unterstützen.

Nach Auffassung des Abg. Baasch sei allen daran gelegen, Arbeitsmöglichkeiten für Hebammen zu erhalten. Vor diesem Hintergrund plädiert er dafür, dem Minister durch einen entsprechenden Beschluss des Landtages den Rücken zu stärken, wenn sich dieser auf Bundesebene dafür einsetze, eine Lösung zu finden. Daraufhin verdeutlicht M Dr. Garg, dass er keine Verhandlungsmöglichkeiten habe. Er sei aber bereit, auch kurzfristig einen Sachstandsbericht auf Bundesebene zu erfragen und in diesem Zusammenhang für den Beschluss der GMK zu werben und den Appell der GMK zu stärken.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Antrag abzulehnen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Umschulungen in Pflegeberufen finanziell sichern

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW
Drucksache 17/915

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/940

(überwiesen am 8. Oktober 2010)

Abg. Meyer legt dar, durch einen Beschluss des Bundesrates sei dem Anliegen des dritten Abschnitts des Antrages bereits Rechnung getragen worden. Er weist gleichzeitig darauf hin, dass das Land Niedersachsen beschlossen habe, sich an der Finanzierung der Ausbildung zu beteiligen.

Sodann ziehen die Antragsteller den Antrag zurück. Der Vorsitzende stellt fest, dass damit auch der Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP, Drucksache 17/340, seine Erledigung gefunden hat.

Abg. Pauls erkundigt sich nach dem Stand.

M Dr. Garg legt dar, er beabsichtige nicht, sich zu dem Beschluss in Niedersachsen zu äußern. Er habe allerdings die Arbeitsmarktdaten zum Anlass genommen, öffentlich auf den bestehenden Fachkräftemangel hinzuweisen, auf den man in diesem Bereich zulaufen werde. Er befinde sich in ständiger Abstimmung mit der Bundesanstalt für Arbeit. Die Tatsache, dass im Haushalt an dieser Stelle nicht nur nicht gekürzt worden sei, sondern der Ansatz sogar aufgestockt worden sei, zeige, für wie wichtig er diese Angelegenheit halte.

Frau Knoth aus dem Sozialministerium weist darauf hin, dass die Bundesregierung beabsichtige, im Frühjahr 2011 die Arbeitsmarktinstrumente zu überprüfen, und zwar auch im Hinblick darauf, welche zeitlichen Befristungen aufgehoben werden könnten und wie sich die entsprechenden Instrumente auswirkten.

M Dr. Garg fügt hinzu, die BA zeige Unverständnis dafür, eine bestimmte Branche zu subventionieren, wenn sie die Aufgabe habe, sich dem gesamten Arbeitsmarkt zuzuwenden. Dem

halte er regelmäßig entgegen, dass man gezielt sehen müsse, wo die großen Probleme entstünden, die gelöst werden müssten. Er sehe eines der größten Probleme im Bereich der Pflegeberufe. Dazu müssten gezielt Instrumentarien entwickelt werden. Sein Bestreben sei, zu einem Gesamtpaket zu kommen, das Finanzierungsregelungen ermögliche, wie sie im Krankenhauspflegebereich längst vorhanden seien.

Abg. Kalinka äußert seine Auffassung, dass die Unternehmen, die Pflege betrieben, in der Pflicht stünden, Aus- und Weiterbildung zu finanzieren.

Abg. Pauls begrüßt das Engagement des Ministers in diesem Bereich. Sie gibt zu bedenken, dass die Wirtschaft bemüht sei, sich den Fachkräftebedarf für die Zukunft zu sichern. Das vermisse sie im Bereich der Pflege.

M Dr. Garg betont, die Landesregierung bemühe sich, das Image der Altenpflege aufzubessern, sodass es zumindest der Krankenpflege gleichgestellt sei. Über das Projekt „Woche der Pflege“ hinaus solle versucht werden, die Unternehmen in den Fokus zu nehmen. Es solle einen branchenspezifischen Dialog geben, um gemeinsam mit den Unternehmen Lösungsmöglichkeiten für den Fachkräftemangel zu erarbeiten. Eine Finanzierung ohne Engagement der Unternehmen halte er nicht für möglich.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Kostenlose Kontrazeptiva (empfangnisverhütende Mittel) für Personen mit Leistungsbezug gemäß SGB II, SGB XII, dem Asylbewerberleistungsgesetz und mit vergleichbar geringem Einkommen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/912

(überwiesen am 8. Oktober 2010)

Abg. Jansen begründet kurz die Drucksache 17/912.

Abg. Dr. Bohn bringt den aus Umdruck 17/1400 ersichtlichen Änderungsantrag ein. Sie führt aus, sie unterstütze die Zielrichtung des Ursprungsantrages, halte es jedoch für sinnvoller, die entsprechenden Kosten in den Regelsatz einzuberechnen.

Abg. Sassen zeigt Verständnis für die Problematik, sieht sich allerdings nicht in der Lage, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

Abg. Tenor-Alschausky erklärt für die SPD-Fraktion Zustimmung zu dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Rathje-Hoffmann stellt an die Antragstellerin die - rhetorische - Frage, was „vergleichbar geringe Einkommen“ seien und wer diese ermitteln sollte.

Hinsichtlich des Änderungsantrages weist sie darauf hin, dass die Neuberechnung der SGB-II-Regelsätze gerade abgeschlossen worden seien. Vor diesem Hintergrund lehne sie es ab, eine Initiative zur Änderung zu starten.

Abg. Dr. Bohn hält den entsprechenden Ansatz für nicht ausreichend.

Abg. Jansen regt eine schriftliche Anhörung an. - Dem widersprechen die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen von CDU und FDP.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 17/1400, mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW ab. Sodann empfiehlt er dem Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, den Antrag Drucksache 17/912 abzulehnen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Beschlüsse des 22. Altenparlaments am 24. September 2010

Schreiben des Landtagspräsidenten vom 7. Oktober 2010
Umdruck 17/1309

Der Ausschuss nimmt die Beschlüsse des 22. Altenparlaments am 24. September 2010 abschließend zur Kenntnis.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 16:50 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin